

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Das Zeitungsersteht aus 12 Spalten. Abdruck von Anzeigen wird gegen Entgelt angenommen. Die einseitige Zeile über einen Raum 18 Wtg., die vierteljährliche 48 Wtg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.80 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Wtg. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge des Gewalts od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Verleger: Carl Schmid, Nagold. Druck: Carl Schmid, Nagold. Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321.

Nummer 109

Altensteig, Freitag, den 12. Mai 1933

56. Jahrgang

Die neue württembergische Regierung

Stuttgart, 11. Mai. Reichsstatthalter Murr hat H. N. Kurier im Namen des Reiches folgende Ernennungen vorgenommen:

- Zum Ministerpräsidenten den bisherigen Kult- und Justizminister **Mergenthaler**,
- und auf dessen Vorschlag zum Innen- und Justizminister den Landtagspräsidenten **Dr. Jonathan Schmid**,
- zum Kultminister den Ministerpräsidenten **Mergenthaler**,
- zum Finanzminister **Dr. Dehlinger**,
- zum Staatsrat und Leiter des Wirtschaftsministeriums mit Sitz und Stimme im Kabinett den bisherigen Universitätsprofessor **Dr. Lehmann**,
- zum Staatsrat im Staatsministerium den bisherigen Staatsrat **Waldmann**.

Das neue württembergische Ministerium

Die Ernennung des neuen württembergischen Ministeriums, die durch Statthalter Murr kraft der ihm verliehenen Rechte im Namen des Reiches erfolgt ist, hat einige Änderungen in der Zusammenlegung des Ministeriums gebracht, die vor allem dadurch bedingt waren, daß der Reichsstatthalter selbst aus dem Ministerium, dem er nicht mehr angehören kann, ausgeschieden ist. Einen Staatspräsidenten gibt es nun nicht mehr. An der Spitze des Ministeriums steht jetzt ein Ministerpräsident. Es war eigentlich selbstverständlich, daß die leitende Stellung im Ministerium dem bisherigen Kult- und Justizminister Professor Mergenthaler zufiel. Er ist im 48. Lebensjahre und ist der Älteste verdientvolle parlamentarische Vorkämpfer der Nationalsozialisten in Württemberg. Er wird künftig nur noch das Kultministerium leiten, dem er schon in den zwei Monaten seiner bisherigen Tätigkeit durch das Stempel seiner Person und seines Willens aufgedrückt verstand.

Das Justizministerium, das seit der letzten Ministerpräsident innehatte, und das Innenministerium, das bislang in den Händen des nunmehrigen Reichsstatthalters lag, übernimmt der Landtagspräsident und Ministerialdirektor im Innenministerium **Dr. Jonathan Schmid**. Er ist im 45. Lebensjahre. Als Jurist eignet er sich in besonderem Maße für seine jetzige Stelle. Solange er sich als Landtagsabgeordneter betätigte, schätzte man über die Kreise seiner Partei hinaus, seine ruhige, sachliche und verbindliche Art, die ihm bei der Wahl zum Landtagspräsidenten auch das Vertrauen anderer Parteien verschaffte.

Finanzminister **Dr. Dehlinger** bleibt im neuen Ministerium, was er im alten war. Er ist der Älteste unter seinen Ministerkollegen und vollendet am 20. Mai das 59. Lebensjahr. Seine Verdienste um die Gefährdung der württembergischen Finanzen in neunziger Jahren, ununterbrochener Ministerstätigkeit sind so bekannt, daß man sein weiteres Verbleiben im Ministerium als die beste Garantie für die Verhinderung guter Finanzgebahrung in Württemberg ansehen kann. **Dr. Dehlinger** ist im Ministerium der einzige Vertreter der Kampfring Schwarz-Weiß-Kol. Alle übrigen Mitglieder des Kabinetts sind Nationalsozialisten.

Staatsrat und Universitätsprofessor **Dr. Lehmann** bleibt Leiter des Wirtschaftsministeriums, wird aber fortan Sitz und Stimme im Kabinett haben. **Dr. Lehmann** vollendet am 20. Juni das 88. Lebensjahr. Staatsrat im Staatsministerium bleibt auch der bisherige Staatsrat **Waldmann**. Er ist geboren am 20. Juni 1889. Auf seinen Schultern ruhte eine schwere Last interner Arbeit. Auch er ist Nationalsozialist. Der seitliche ehrenamtliche Staatsrat, Rechtsrat und Finanzreferent der Stadt Stuttgart, sowie Landesvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei, **Dr. Hugel**, ist aus dem Ministerium wieder ausgeschieden.

Das Kabinett steht sich in allen seinen Gliedern vor große und schwere Aufgaben gestellt. Seine gleichartige, auf ein klar vorgezeichnetes Ziel gerichtete Zusammensetzung ist die Gewähr für eine erzieherische Arbeit zu Ruh und Frieden des Landes.

Der „N. S. Kurier“ schreibt über die neue württembergische Regierung: Die Männer der neuen Regierung sind der württembergischen Bevölkerung durch ihre Taten hinreichend bekannt und durch diese in einer so überragenden Weise legitimiert, daß der Reichsstatthalter der freudigsten Genugtuung über die so rasch gebildete neue Regierung im Volke gewiß sein kann. Die Entwicklung hat nun eine Grundlage geschaffen, auf der, in selbstlosem gegenseitigen Vertrauen zwischen Staatsführung und Volksgemeinschaft ein rascher Fortschritt der weiteren Aufbauarbeit gewährleistet ist.

„Graf Zeppelin“ in Rio de Janeiro gelandet

Hamburg, 11. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Donnerstag vormittag in Rio de Janeiro gelandet. Es hat nach kurzem Aufenthalt seine Rückfahrt über Pernambuco nach Europa angetreten. „Graf Zeppelin“ hatte die letzte Strecke von Pernambuco nach Rio de Janeiro mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 120 Stundenkilometer zurückgelegt.

Deutschland verlangt klare Entscheidung in Genf

Neurath greift ein - Höhepunkt der Genfer Krise

Berlin, 11. Mai. Die Lage in Genf hat sich in schärfster Weise gegen Deutschland zugespitzt. Die Front derer, die in Genf gegen uns stehen, ist derzeit stark, daß es aller Anstrengungen bedürfen wird, um die Abrüstungskonferenz zu jenem Ergebnis zu führen, das sie ursprünglich haben sollte, nämlich abzurufen und den Beginn der sofortigen Abrüstung unserer Verhandlungsgegner zu beschließen und die Gleichberechtigung Deutschlands vor aller Welt anzuerkennen und herbeizuführen. Es kann nur noch wenige Tage dauern, bis die Entscheidungen heranziehen, und es verläutert daher auch, daß ein persönliches Eingreifen des Reichsaussenministers Freiherrn von Neurath in diesem Falle nach Genf begeben würde, nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden kann.

Die „Leipziger Illustrierte Zeitung“ vom 11. Mai bringt nachfolgende Ausführungen des Reichsministers des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, zu Deutschlands Politik auf der Abrüstungskonferenz, worin es heißt:

Will man das Ergebnis der bisherigen 15 Monate Abrüstungskonferenz für Deutschland ganz kurz zusammenfassen, so muß man leider feststellen, daß unsere Forderung auf Durchführung der Gleichberechtigung durch die Abrüstung der anderen am mangelnden Abrüstungswillen der hochgerüsteten Staaten gescheitert ist, und daß, wie auch immer im Rahmen des englischen Planes die allgemeine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen, wenn es überhaupt zu ihr kommt, aussehen wird, wir durch sie zu Rüstungsgegenständen genötigt sein werden. Kann man noch hoffen, daß die Flugwaffe, oder auch nur, daß Bombenflugzeuge künftig allgemein verboten und die bestehenden Luftflotten beibehalten werden? Sicherlich nicht. Das bedeutet, daß Deutschland zu seiner eigenen Sicherheit sich eine Militär- und Marineflotte aufbauen muß. Kann man hoffen, daß Geschütze über 10,5 Zentimeter allgemein verboten und die vorhandenen zerstört werden? Zweifellos nicht. Wenn es überhaupt zu einem Verbot gewisser Geschützkaliber der Landartillerie kommt, wird die Verbotsgrenze erheblich über 10,5 Zentimeter liegen. Das bedeutet für Deutschland den Zwang, sich Geschütze höheren Kalibers ebenfalls zuzulegen. Ähnliches gilt hinsichtlich der Personalbestände.

Es ist bereits der Versuch gemacht worden, Deutschland wegen seiner Forderung auf Gleichberechtigung in der Wehrfrage in der Welt anzuklammern und des Willens zur Aufrüstung zu verdächtigen. Wer sich weigert, die im Berliner Vertrag Deutschland auferlegten Rüstungsbeschränkungen für sich selbst zu übernehmen, hat kein Recht, gegen Deutschland solche Vorwürfe zu erheben. Die Vorwürfe fallen auf alle diejenigen zurück, die es während der langen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz immer wieder abgelehnt haben, die Maßstäbe der deutschen Abrüstung auf sich selbst anzuwenden. Die deutsche Politik wird sich von solchen Verdächtigungen auch keineswegs beeinflussen lassen. Ihr Standpunkt ist moralisch und rechtlich völlig einwandfrei. Was den anderen recht ist, ist Deutschland billig. Was die anderen an Waffen und Rüstungen für ihre Sicherheit für nötig halten, ist auch für Deutschlands Sicherheit nicht länger entbehrlich. Wenn es zu keinem Abkommen über allgemeine Abrüstung käme und die völlige Rüstungslosigkeit der Staaten damit zum Prinzip erklärt würde, so müßten sie in gleicher Weise auch für Deutschland gelten. Leben und Freiheit des deutschen Volkes können nicht mit anderem Maß gemessen werden als bei anderen Völkern.

Der Effektivausgleich erklärt die deutschen Wehrverbände für militärisch verwendbar

Genf, 11. Mai. Der Effektivausgleich der Abrüstungskonferenz hat nach zweitägiger Debatte gegen die Stimmen Deutschlands und Ungarns dahin entschieden, daß die sogenannten deutschen Wehrverbände als militärisch verwendbar im Sinne der vom Ausschuss aufgestellten Richtlinien anzusehen seien. Für diese prinzipielle Entscheidung haben gestimmt Frankreich, England, Belgien, Polen, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Rumänien, Portugal und Holland; der Stimme enthielten sich die Vereinigten Staaten von Amerika, Italien, Finnland, Schweden, Spanien die Türkei, Japan und Jertreich.

Der Ausschuss ist nach dieser prinzipiellen Entscheidung in seinen weiteren Beratungen dazu übergegangen, die Ziffern für die Anrechnung der deutschen Wehrverbände auf die Effektivstärke des deutschen Heeres festzusetzen. Die verhältnismäßig kurze Beratung, die den deutschen Wehrverbänden gewidmet war und die daraufhin getroffenen Entscheidungen erklären sich daraus, daß der Ausschuss sich hartnäckig geweigert hat, die von dem deutschen Vertreter, General Schönheim, vorgebrachten Argumente gegen die militärische Verwendbarkeit der betreffenden Formationen anzuerkennen.

Als der Ausschuss auf Grund der grundsätzlichen Entscheidung über den militärischen Charakter der Verbände die ziffermäßige Anrechnung in Angriff nahm, ereignete sich ein scharfer Zwischenfall. Der französische Delegierte, Oberst Lucie, machte geradezu phantastische Angaben über die ziffermäßige Stärke der deutschen Verbände. Nach seinen Ausführungen erhob sich General Schön-

heim und legte aufs schärfste Vermehrung gegen diese willkürlichen Schätzungen des französischen Vertreters ein. Er erklärte mit Nachdruck, daß der Ausschuss zur Grundlage seiner Beratungen lediglich Angaben nehmen könne, die von den Regierungen geliefert werden können, nicht aber solche, die auf willkürlich angenommenen Schätzungen beruhten. Er selbst sei aber außerstande, über die zahlenmäßige Stärke irgendwelcher Angaben zu machen, da es sich um private Formationen handle. Daraufhin sah sich der Ausschuss gezwungen, seine Beratungen über diesen Gegenstand abzubrechen und die Frage der ziffermäßigen Berechnung der deutschen Wehrverbände blieb offen.

Höhepunkt der Genfer Krise

Keine Einigung bei der Besprechung der Fünfmächtevertreter — Freitag Zusammentritt des Konferenzpräsidiums — Samstag Zusammentritt des Hauptauschusses

Genf, 11. Mai. Die heutige Abendbesprechung der Fünfmächtevertreter führte trotz zweieinhalbstündiger Dauer zu keiner Einigung. Das Entgegenkommen, das Vorkonferenzpräsident Adolphe auch heute abend wieder zeigte, begegnete bei den Vertretern Frankreichs und Englands keinem Verständnis. Das Angebot der deutschen Delegation, der Vereinheitlichung der kontinentalen europäischen Heeresysteme prinzipiell unter dem bekannten deutschen Vorbehalt zuzustimmen, wurde als ungenügend bezeichnet. Man wollte sich höchstens damit abfinden, daß die deutsche Delegation eine Generalreserve ohne bestimmte Bedingungen vorbringe.

Unter diesen Umständen wurde beschlossen, daß morgen nachmittag das erweiterte Präsidium der Abrüstungskonferenz zusammenzutreten soll, um einen Beschluß über den weiteren Gang herbeizuführen. Zur Entscheidung steht

1. der Antrag der englischen Delegation, die Bestimmungen des englischen Konventionentwurfes über die Effektivstärken in zweiter Lesung zu erledigen, und damit eine Entscheidung der Konferenz über die Hauptstreitfrage, die Vereinheitlichung der kontinentalen europäischen Heeresysteme herbeizuführen;
2. der Antrag der deutschen Delegation, die Debatte über den englischen Entwurf in der ersten Lesung fortzusetzen und die Frage des Kriegsmaterials in Angriff zu nehmen.

Es steht jedoch noch Auffassung gegen Auffassung; eine Einigung konnte nicht herbeigeführt werden. Die Krise der Abrüstungskonferenz hat damit ihren Höhepunkt erreicht.

Am Samstag wird der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz zusammentreten, um gemäß den Beschlüssen des Präsidiums zu verfahren. Welche Haltung die deutsche Delegation einnehmen wird, wenn ihr Antrag abgelehnt und der englische Antrag angenommen wird, steht noch nicht fest. Ueber eine Vertagung der Konferenz ist in der heutigen Zusammenkunft nicht gesprochen worden.

Wie die deutsche Arbeitsfront sich aufraut

Berlin, 11. Mai. Wie der „Zeitungsdiener“ meldet, hat der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, folgende Anordnungen erlassen:

Die Deutsche Arbeitsfront besteht aus dem Zentralbüro als der Leitung und den beiden Säulen: Gesamtverband der deutschen Arbeiter und Gesamtverband der deutschen Angestellten.

Das Zentralbüro hat die Aufgabe, die bisherigen Verbände in die neue Organisationsform zu überführen und den ständischen Aufbau mit vorzubereiten.

Zu diesem Zweck hat das Zentralbüro den kleinen und den großen Arbeitskonvent.

Dem kleinen Arbeitskonvent obliegt die Verwaltung der verschiedenen Ämter.

Dem großen Arbeitskonvent gehört als Amt der kleine Arbeitskonvent weiter an. Darüber hinaus gehören ihm die Leiter der Hauptberufe- und Hauptfachschaften und sonstigen bedeutenden Vertreter der Gewerkschaftsbewegung an. Der große Arbeitskonvent besteht aus 60 Mitgliedern.

Der Gesamtverband der Arbeiter und der Gesamtverband der Angestellten haben je einen Führer und einen Führerbeirat. Diese beiden Gesamtverbände haben eigene Finanzhoheit und das Bestimmungsrecht über die Personalpolitik in ihren Verbänden.

Selbstverständlich hat das Zentralbüro das Einspruchsrecht und in Zweifelsfällen die letzte Entscheidung.

Die erste Aufgabe der Gesamtverbände ist die Zusammenfassung der in den verschiedenen Gewerkschaften vorhandenen Berufsstände, wie z. B. die Zusammenfassung der Holzarbeiter-, Bauarbeiter-, Metallarbeiterverbände usw., sowie die Schaffung von Zentralkassen.



Damit verbunden soll eine Angleichung der verschiedenen Beitragsleistungen erreicht werden, jedoch ist auch hier eine gewalttätige Revolverung zu vermeiden.

Grundständig wird in keiner Organisation abgestimmt, sondern der Führer wird ernannt und die Entscheidung liegt immer in der Hand des ernannten Führers.

Den Mitgliedern des großen Arbeitskonvents werden bestimmte und begrenzte Aufgaben übertragen, deren endgültige Festlegung in einer feierlichen Sitzung des großen Arbeitskonvents verhandelt wird.

Grundständig werden zu Leitern der Komitee im kleinen Arbeitskonvent und zu Leitern der Hauptberufe- und Hauptfachschaften nur Parteigenossen ernannt, die bereits durch ihre bisherige Tätigkeit bewiesen haben, daß sie dieser Berufung würdig und dieser Aufgabe gewachsen sind.

Außerdem werden heute bereits in den großen Arbeitskonvent folgende Personen berufen:

Bernhard Otte-Berlin, Jakob Kaiser-Köln, Dr. Theodor Brauer-Königswinter, Franz Behrens-Berlin, Hermann Müllers-Hamburg, August Hallin-Berlin.

Es wird meine Hauptaufgabe sein, die deutsche Arbeitsfront so lebendig wie möglich zu halten. Sie darf nicht wieder in den gleichen Erstarrungszustand verfallen, an dem die alten Gewerkschaften zugrunde gegangen sind.

Das endgültige Ziel ist die Schaffung der Stände, die als Bausteine dem neuen Staat eingefügt werden.

Aussprache Hugenberg-Darre

Berlin, 11. Mai. Die Pressestelle des Amtes für Agrarpolitik der NSDAP teilt mit: Auf Wunsch des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hugenberg, fand eine unverbindliche Fühlungnahme in der Entschuldungsfrage statt. An der Unterredung nahmen seitens des Reichsernährungsministeriums teil: Der Reichsernährungsminister, der Staatssekretär von Rohr sowie der zuständige Sachbearbeiter, Ministerialrat Harmening; seitens des Amtes für Agrarpolitik der NSDAP nahmen teil: der Amtsleiter Darre, der Sachbearbeiter für Entschuldungsfragen, Domänenpächter Bode, R.d.L. und der erste Adjutant des Amtleiters, Freiherr von Zeppelin.

Die Unterredung führte zu keinem abschließenden Ergebnis. Von Seiten des Amtes für Agrarpolitik wurde vorgetragen, daß die Schlüsselfrage zur Gesundung der Landwirtschaft im Zinsproblem liegt. Dies deswegen, weil der Ertrag der Arbeit nicht ausschließlich zur Befriedigung der Kapitalgelder und damit der kapitalistischen Interessen dienen darf, sondern zum Wiederaufbau des in seinen Grundlagen durch die Schäden des vergangenen Systems erschütterten landwirtschaftlichen Betriebes zu dienen hat. Das ist eben nicht gewährleistet, wenn der Ertrag der Arbeit ausschließlich oder vorwiegend zur Zinsbefriedigung des Kapitals dient. Unterstellt man nämlich die Verhältnisse in der Landwirtschaft vor dem Weltkrieg, dann ergibt sich, daß selbst eine gesunde Landwirtschaft sich nur mit etwa 2 Prozent verzinsen konnte und also heute diese 2 Prozent zusätzlich einer Amortisationsquote beizufügen die Höchstgrenze darstellen, welche man heute der Landwirtschaft zumuten kann, um neben der Verzinsung des Kapitals einen Teil des Arbeitsertrages zum Wiederaufbau und Inanghaltung des landwirtschaftlichen Betriebes zur Verfügung zu stellen. Denn die Gesundung des landwirtschaftlichen Betriebes ist die Voraussetzung für die Inanghaltung einer auf nationaler Grundlage aufgebauten Gesamtwirtschaft.

Dem Ziel des Gedankens stimmte Reichsminister Dr. Hugenberg zu, glaubte aber seinerseits aus kredittechnischen Gründen nicht unter einen Zinssatz von bestenfalls 4 Prozent und einem halben Prozent Amortisation heruntergehen zu dürfen. Da nun für das Amt für Agrarpolitik im Vordergrund der Betrachtungen nicht der Kredit und die investierte Kapitalsumme steht, sondern die im Interesse des Volksganzen notwendige Wiedergesundung der Landwirtschaft, die bei einem Zinssatz von 4 Prozent nicht gewährleistet werden kann, so ergab sich ein grundsätzlicher Gegensatz der Auffassungen in diesem Punkte, der zu einer Vertagung der Bejodung führte.

1,5 Milliarden für Arbeitsbeschaffung

Eine nationale Arbeitsbeschaffungsanleihe

Berlin, 11. Mai. Das Bundesorgan des Stahlhelms bringt, wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, ausführliche Mitteilungen über die Vorschläge des Reichsarbeitsministers Selbke für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, mit dem noch im Jahre 1933, dem ersten Jahre des Vierjahresplanes, ein entscheidender Angriff gegen die Arbeitslosigkeit unternommen werden soll. Von organisatorischer Seite wird betont, daß es auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung eines einheitlichen Planes und einer einheitlichen Leitung bedürfe. Wenn eine Vielzahl von Behörden und Bankinstituten an der Vorbereitung, Prüfung und Ausführung der Maßnahmen mitwirke, gebe es zwangsläufig Reibungen und Hemmungen. Natürlich könne die Mitwirkung der technischen und wirtschaftlichen Hochbehörden ebenso wenig entbehrt werden wie die der Arbeitsämter. Um so notwendiger sei es aber, daß eine Zentralstelle den Ueberblick über die gesamte Maßnahme behalte und für eine gerechte Verteilung der Mittel Sorge. Für diese Aufgabe käme das Reichsarbeitsministerium in Frage. Grundständig wird zu dem Reichsarbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministers bemerkt, daß bei einem Aufwand von etwa 1,5 Milliarden RM. in diesem Jahre bis 700 000 Arbeitslose etwa ein Jahr lang beschäftigt werden können. An der Spitze der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müsse die Siedlung im Vordergrund stehen. Deshalb schlägt der Reichsarbeitsminister vor, für 1933 mindestens 100 000 Siedlerstellen und Eigenheime vorzuziehen. An Schwierigkeiten der Landbeschaffung dürfe diese Frage nicht scheitern. An zweiter Stelle steht die Belegung des Wohnungsbauwesens. Um den nach Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes in den Gemeinden eintretenden Notstand zu beseitigen, müßten Mittel für den Bau von Behelfsmwohnungen bereitgestellt werden. Auch die Instandsetzungsarbeiten müßten weiterhin gegeben werden. Ebenso müsse für die Instandhaltung der öffentlichen Gebäude endlich wieder etwas getan werden. Dabei gelte es auch, Kulturbauwerke der deutschen Vergangenheit von hohem künstlerischem Werte zu retten. Von besonderer Wichtigkeit seien die Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten auf dem Gebiete des Verkehrswesens, bei der Reichsbahn und im Straßenbau. Beim Ausbau der Reichsautostrecken werde Zurückhaltung nötig sein. Angedachte und fortgeschrittene Bauten seien natürlich zu vollenden. Dazu gehöre der Mittelkanal und die Regulierung der Oder. Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Restorations seien die großen Aufgaben noch nicht entfernt gelöst. Im Zusammenhang damit seien Arbeiten zur

Regulierung der deutschen Flüsse notwendig. Weiter werden auf dem Programm erwähnt der Ausbau der gemeinlichen Versorgungswerke, die Erneuerung der deutschen Seeschifffahrt und die Förderung von Exportartikeln der deutschen Industrie.

Die entscheidenden Schwierigkeiten lägen bei der Finanzierung. Die Finanzierung des Renten- und Gerede-Programmes seien den Bedürfnissen der Praxis nicht mehr gerecht geworden. Man werde prüfen müssen, ob die Darlehensgewährung in allen Fällen genüge oder ob nicht in gewissem Umfang den Trägern der Arbeiten Zuschüsse oder mindestens Zinsbeihilfen gegeben werden müßten. Der Reichsarbeitsminister habe schon vor einiger Zeit auf die Möglichkeit hingewiesen, die nötigen Mittel für die Arbeitsbeschaffung durch eine Inlandsanleihe aufzubringen. Dieser Gedanke wird in dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgegriffen. Es sei zu erwarten, daß die Auslegung einer nationalen Arbeitsbeschaffungsanleihe zu einem namhaften Erfolg führen werde. Weiter wird dann ausgeführt, daß auch die Lohnpolitik in den Dienst der Arbeitsbeschaffung gestellt werden müsse. Dazu bedürfte es der Voderung der Starrheit des Tarifsystems. Die Löhne der Sozialversicherung sollen noch weiter gesenkt werden. Ebenso seien die Fragen einer Verschiebung der Schulzeit und einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung zu prüfen.

Neuregelung des bäuerlichen Erbrechtes in Preußen

Der wichtigste Gesetzentwurf auf dem Gebiete des bäuerlichen Rechts

Berlin, 11. Mai. In einer Pressebesprechung im preuß. Justizministerium gab am Donnerstagabend der preußische Justizminister Ketzl Kenntnis von einem Gesetzentwurf, der am heutigen Donnerstag im preußischen Rabinett besprochen worden ist, und der am kommenden Montag Gesetz werden soll.

Dieser Gesetzentwurf regelt das bäuerliche Erb-Hofrecht, das Bodenrecht vollkommen neu, und zwar geht es bewußt von den Grundlagen des römischen Rechts, das den Boden zur Ware gemacht hat, zum germanischen Recht zurück, das einen freien Verkauf von Grund und Boden verbietet.

Ministerialrat Wagemann gab einen Ueberblick über die wichtigsten Punkte des neuen Gesetzentwurfs. Er erinnerte daran, daß das bäuerliche Erbhofrecht eine uralte germanische Rechseinrichtung sei, die im Gegensatz zum römischen Recht, das den Grund und Boden zur Ware gemacht habe, im deutschen Recht bestimmte, daß der Hof Erbe der Sippe und des Volkes sei. Die Höfe müßten sich von den Vätern auf Kinder und Kindeskinde vererben und dürften nicht zu einem Handelsobjekt degradiert werden. Das römische Recht sei liberal gewesen; man werde jetzt wieder zu einem deutschen Recht kommen.

Ein alter deutscher Rechtsgrundsatz im Sachenpiegel heiße: „Der Bauer hat nur ein Kind“, das heiße, daß nur ein Kind den Hof erben könne. Diesen Satz habe man jetzt wörtlich in das neue Recht eingearbeitet. Der neue Entwurf umfasse das Auerbenrecht und die Auerbenrolle, in die alle Höfe eingetragen seien. Bauer sei der Auerbe. Der Bauer dürfe nur einen Hof haben, und nur ein Kind, das Auerbe sein könne, das also den Hof erbe. Die Witerben könnten auf dem Hof verjodt werden; sofern sie unverheiratet in Rot getoten, könnten sie eine sogenannte Heimatzulassung auf dem Hofe finden. Es sei ferner festgelegt, daß deutschen Boden nur erben könne, wer deutsches Blut habe. Der Hof dürfe nur so groß sein, daß er eine Familie ernähre, wenn er unter das Auerbenrecht fallen solle. Der Großgrundbesitz, der Arbeiter beschäftige, sei also vom Auerbenrecht ausgeschlossen.

Ein Verkauf von Auerbenhöfen dürfe nur mit Genehmigung des Auerbengerichts erfolgen, das nur bei vorliegenden Sonderfällen diesen Verkauf genehmigen werde. Auerbe kann natürlich auch eine Tochter sein. Das Gesetz habe den Zweck, die Bauernhöfe vor Ueberforderung und Zerplitterung im Erbange zu bewahren und eine Klasse von gleichmäßig großen Bauernhöfen zu schaffen. Das Auerbenrecht gilt nur für die Bauernhöfe, für das überschüssige Vermögen gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Bei der Verteilung des überschüssigen Vermögens fällt der Auerbe aus, solange die Verteilungsquote unter dem Werte eines Hofes liege. Uebersteigt die Verteilungsquote den Wert des Hofes, dann nimmt der Auerbe an der übrigen Erbschaft teil, und zwar wird der Wert des Hofes bei der Verteilungsquote angerechnet.

Der Kranz Alfred Rosenbergs in London entwendet

London, 11. Mai. Der von Alfred Rosenberg am Kenotaph des Unbekannten Soldaten niedergelegte Kranz ist entwendet worden. Als Urheber des Diebstahls wurde der der Arbeiterpartei angehörende Kapitän Sears verhaftet. Kapitän Sears ist Mitglied des Verbandes der britischen Frontkämpfer. Der Sohn des verhafteten Kapitän Sears erklärte, daß sein Vater die Tat mit Vorbedacht ausgeführt habe. Er hatte beschlossen, als Protest gegen die Kranzniederlegung den Kranz zu entfernen und ihn dann in die Themse zu werfen. Sein Vater habe die Absicht gehabt sich nachher selbst der Polizei zu stellen. Dr. Alfred Rosenberg hat sich zu der Entwendung des Kranzes vom Kenotaph dahingehend geäußert, daß er den Kranz im Namen des Reichszanklers und in den Farben des Deutschen Reiches zu Ehren der im Kriege gefallenen englischen Soldaten niedergelegt und damit den Kranz der Obhut des britischen Volkes übergeben hat.

Hauptmann Sears ist bereits nachmittags dem Volksegericht vorgeführt und entsprechend dem englischen Recht wegen Diebstahl eines Kranzes zu 40 Schilling Strafe verurteilt worden.

Scharfe Kritik der Berliner Presse an der Kranz-Schändung in London

Berlin, 12. Mai. Eine ganze Reihe von Zeitungen nimmt in scharfer Form gegen die Schändung des von Rosenberg am Londoner Kenotaph zu Ehren der Gefallenen niedergelegten Kranzes Stellung. Allgemein wird das erstaunlich milde Urteil des Londoner Gerichts kritisiert und der Entrüstung Ausdruck gegeben, die in offiziellen und privaten Kreisen über die rohe Tat und das befremdliche Urteil herrscht.

Der „Börsische Beobachter“ führt aus, es steht zu erwarten, daß man sich auch amtlicherseits mit dem Vorfall beschäftigen wird. Das sehr milde Urteil gegen den Täter bedeutet für das deutsche Rechtsempfinden einen Affront. Es steht fest, daß, wenn umgekehrt jemand in Deutschland sich eines solchen Verbrechens schuldig gemacht hätte, den Täter eine sehr schwere Strafe getroffen haben würde.

Die „Börsenzeitung“ spricht von einem unerhörten Vubensbruch, einer schweren Verleumdung des deutschen Volkes und einer gräßlichen Verletzung der elementarsten Gesetze menschlichen Anstandes.

Der „Tag“ fragt, was würde die englische Presse dazu sagen, wenn, den unwahrscheinlichen Fall angenommen, ein Deutscher einen englischen Kranz am deutschen Gefallenendenkmal so schänden würde? Barbarei und Gefühllosigkeit wäre das mindeste, das uns vorgeworfen würde.

Italiens Rolle in Oesterreich

Das Organ des österreichisch-deutschen Volksbundes, „Der Anschlag“, erläßt folgenden Aufruf:

Die deutsche Gestaltung unserer Zukunft ist heute ernster als je bedroht! Es muß laut gesagt werden, daß Polen mit dem Plane umgeht, einem heute noch ungerüsteten Deutschen Reich Danzig und Ostpreußen durch einen Handstreich wegzunehmen, und daß ein solcher Angriff vielleicht schon erfolgt wäre, wenn England und Italien nicht warnend aufgetreten wären. Es muß laut gesagt werden, daß auch in Frankreich der Gedanke eines sogenannten „Präventivkrieges“, eines der deutschen Wiederverstärkung rechtzeitig vorbeugenden Krieges, erwogen wird, zum Beispiel durch Schließung des Bündnisses, wenn ein polnisches Abenteuer an einer furchtbar entschlossenen deutschen Abwehr scheitern sollte.

Italien aber verlangt für eine außenpolitische Unterfützung des Reiches für den Fall einer kriegerischen Bedrohung freie Hand in Oesterreich! Italien will die Bedrohung des Reiches dazu ausnützen, seine Donaupläne zu verwirklichen, Oesterreich, Ungarn und ein von Jugoslawien abgetrenntes Kroatien wirtschaftlich und politisch an sich binden.

Der österreichische Regimismus hofft mit Recht auf die Möglichkeit, im Rahmen dieses Planes ein dreiteiliges Habsburgerreich wieder aufzurichten zu können. Wer das nicht weiß, ist unfähig, die innerpolitischen und außenpolitischen Vorgänge in und um Oesterreich zu verstehen. Wer das weiß, muß erkennen, daß die deutsche Zukunft unserer Heimat, daß der deutsch-österreichische Zusammenschluß noch nie so bedroht war, wie heute. Jeder aber, dem der deutsch-österreichische Zusammenschluß mehr war als eine unverbindliche Redensart, mehr als eine harmlose Gelegenheit, sich „auch national“ zu gebärden, jeder, der es mit der deutschen Schicksalsgemeinschaft ernst meint hat, kämpfe, wo er geht und sieht, gegen diesen Anschlag auf Deutschösterreich!

Neues vom Tage

Das neue polnische Kabinett

Warschau, 11. Mai. Der Präsident der polnischen Republik hat das neue Kabinett bestätigt. Mit Ausnahme des Ministerpräsidenten und des Ackerbauministers blieben alle Minister des bisherigen Kabinetts im Amt. Präsidium und Unterricht übernimmt Sendorzejewicz, Ackerbau Ratoniecznikoff, der bisher Unterstaatssekretär war, Kriegsminister bleibt Pilsudski, Minister des Auswärtigen Bed.

Ein Pfarrer wegen staatsfeindlicher Tätigkeit verhaftet
Eisenach, 11. Mai. Unter dem Verdacht staatsfeindlicher Betätigung wurde auf Beauftragung des Sonderstaatsanwalts für Thüringen in Berlin Professor D. Fuchs verhaftet. D. Fuchs war früher mehrere Jahre in Eisenach als Pfarrer tätig und ist religiöser Sozialist. Gegen ihn besteht der Verdacht aktiver politischer Betätigung gegen den heutigen Staat.

Der deutsche Flieger Karl Schwabe von Mussolini empfangen

Rom, 11. Mai. Der deutsche Sportflieger Karl Schwabe hat sich auf der Rückkehr von seinem Afrika-Flug einige Tage in Rom aufgehalten und wurde in Audienz von Mussolini empfangen. Der sich mit ihm eingehend über den ganzen Flug unterhielt und seine Freude darüber ausprach, daß die deutsche Sportfliegerei trotz aller Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre sich erfolgreich durchsetzen und weiter entwickeln konnte. Schwabe reist voraussichtlich am Freitag nachmittag auf dem Flugplatz Oberwiesenthal ein.

„Graf Zeppelin“ auf dem Heimweg
Rio de Janeiro, 11. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 17.05 Uhr zur Rückfahrt nach Europa gestartet. Unter den Passagieren befindet sich der brasilianische Delegierte für die Luftrechtikonferenz von Rom.

Die deutschen Flüchtlinge im Elsch sollen nach den Kolonien verschickt werden

Rehl a. M., 11. Mai. Die „Elsh-Lothrg. Zeitg.“ schreibt: Wir hatten gleich in den ersten Tagen der Hitler-Phantasie eine Warnung an die deutschen Flüchtlinge gerichtet, die, menschlich verständlichen Regungen folgend, hier vor allem das Bedürfnis fühlten, Vergeltung zu üben, und die sich dadurch der Hege des französischen Chauvinismus, die u. a. auf eine Belegung des Saargebietes abzielte, direkt oder indirekt anschlossen. Wir warnen, daß die Flüchtlinge hier nur solange willkommen sein werden, als der Chauvinismus sie zu seinen Zwecken gebrauchen kann, wenn dies nicht der Fall, so wird man sie rücksichtslos abstoßen!

Heute schon zeigt sich, wie berechtigt unsere Warnung war. Das „Journal d'Alsace et Lorraine“, das bekanntlich immer eine Meinung zum Ausdruck bringt, die den Behörden nicht fern steht, befaßt sich in einem Leitartikel mit der Flüchtlingsfrage und kommt zum Schluß, daß die deutschen Flüchtlinge als ungeliebte Gäste zu betrachten seien. Wenn diese Flüchtlinge, so führt dieses Blatt aus, auch gegen Hitler und das jetzige deutsche Regime eingestellt sind, so sind sie andererseits doch Deutsche die die deutschen Elemente in unserm Grenzlande noch verschärfen. Das Blatt fährt fort: Es ist von ihrer Seite eine Tatfrage zu begreifen, daß ihr Platz hier nicht mehr ist. Im Notfalle muß man es ihnen sagen und sie, wenn möglich, entweder nach den andern französischen Regionen, die weniger von der Wirtschaftskrise betroffen sind, oder aber nach den Kolonien dirigieren! „Mit dieser fast amtlichen Auslassung scheint nun die Frage der deutschen Flüchtlinge in ein zweites Stadium getreten zu sein.“



Aus Stadt und Land

Allensteig, den 12. Mai 1933.

Der Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Stad. hat entsprechend der dringenden Notwendigkeit, daß der Landwirtschaft in erster Linie geholfen werden muß, mit Wirkung vom 1. Juni 1933 ab die landwirtschaftliche Kraftpauschale um 2 Pfg. pro Morgen und Monat ermäßigt. Gleichzeitig ist eine günstigere Staffelung des Rabatt-Tariffs für gewerbliche Kleinabnahme beabsichtigt. Dagegen ließ sich eine weitere Senkung der Lichtstrompreise nicht ermöglichen, weil der dadurch bedingte Stromgeldausschlag nicht tragbar ist und diese Preise ohnedies weit unter dem Landesdurchschnitt sind.

Der Vereinsausflug des Sportvereins geht dieses Jahr über Zimmern-Biermühle nach Zwergenberg, von dort aus über Hofstett hinunter ins Kleingebirg zur Rehmühle. Der Rückweg wird je nach Verfassung der Teilnehmer entweder direkt über Simmersfeld oder über Aichelberg nach Simmersfeld gemacht. Die Tour wird für jeden Wanderfreund ein Genuß sein und laden wir daher auch außerhalb des Vereins stehende Wanderer zum Anschluß ein. H.

Tarifabschluss der südwestdeutschen Sägewerksindustrie. Für die Sägewerksindustrie gelten ab 15. Mai folgende Lohnsätze: Selbständiger Blockhandwerker in Ortsklasse 1: 70 P., Ortskl. II 63 P., Ortskl. III 55 P., Ortskl. IV 50 P. Für die Löhne der übrigen Berufs- und Altersgruppen gilt die jetzige Abstaffelung. Nach der Anordnung 5 des Leiters des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit vom 3. 5. 1933 sind alle Tarifverträge unbedingt innewahalten. Betriebe, die sich nicht an den Tarifvertrag halten, sind von der verantwortlichen Leitung der NSD. der Zentralstelle Berlin C, Insektstr. 6 zu melden.

Das Hochheben der Hand. In manchen Kreisen besteht das Bedenken, daß das Hochheben der Hand bei dem Singen des Deutschlandliedes und des Horst-Wessel-Liedes (erste und vierte Strophe) sowie bei dem Huldigungsruf „Sieg Heil“ gleichbedeutend sei mit der Befundung der Zugehörigkeit zur NSDAP. Diese Auffassung ist irrig. Das Erheben der rechten Hand ist zum Nationalglaub des deutschen Volkes geworden und soll lediglich die Eingliederung in den heutigen Staat und die innere Verbundenheit mit dem neuen Deutschland bezeichnen.

Ebhhausen, 10. Mai. (Abschied — Begrüßung.) Heute hat Pfarrverweser Fleck, der seit September vorigen Jahres Ebhausen faktisch versorgte, unsere Gemeinde verlassen. Schon ist nun aber die Lücke wieder geschlossen. Pfarrer Dietzle, der seither in Hohengehren seines Amtes waltete und auf die hiesige Pfarrstelle ernannt worden ist, hat diese heute angetreten. Der neue Pfarrer ist unter zahlreicher Beteiligung seitens der Gemeindeglieder, vom Kirchengemeinderat, Gemeinderat und von der Schule feierlich empfangen worden. Am kommenden Sonntag wird die feierliche Amtseinführung durch Dekan Otto erfolgen.

Ragold, 11. Mai. (Falschgeld.) Wie die Oberamtsparatse mittelst, sind neuerdings wieder falsche 3 Weismarsstücke im Umlauf. Die Falschstücke sind erkenntlich an der uncharakteristischen Ausprägung des Eisenkranzes auf der Vorderseite und der beiden Sterne unter dem Reichsadler auf der Rückseite. Auch ist das Gewicht der Falschrücke wesentlich geringer, als das der echten Stücke.

Ragold, 11. Mai. (Wer ist der Brandstifter?) Die Württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt hat im Jahre 1932 für die Ermittlung der Brandursachen in den Brandfällen bei dem Gipser und Landwirt Pius Ade, bei dem Landwirt Pius Klink und bei dem Zimmermann und Landwirt Albert Straub, alle in Obertalheim, eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Die ausgeübte Belohnung ist jetzt auch auf den neuen Brandfall bei dem Gipser Matthias Ham in Obertalheim erstreckt worden.

Reuweiler, 11. Mai. (Der neue Gemeinderat. — Freiwill. Arbeitsdienst.) Der neue Gemeinderat umfasst künftig 6 Mitglieder. Fünf stellt der Hauptort Reuweiler, einen die Teilgemeinde Hofstett. Die neuangewählten Mitglieder sind: Christian Schaidle, Maurer; Jakob Seeger sen., Wagner; Johannes Schanz 1., Bauer; Edmund Kirsch, Kanzeleihilfe in Hofstett; Georg Klink, Küfer; Frh. Vörcher, Bauer. — Seit der ersten Märzwoche befindet sich in Reuweiler ein Lager des freiwilligen Arbeitsdienstes. Träger des Dienstes ist der „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten; Träger der Arbeit die Gemeinde Reuweiler. Bis heute sind rund 30 Mann mit der Drainage eines 11,80 Hektar großen Geländes beschäftigt. Dies liegt rechts der Kollwanger Straße im Gewandteil „Platten“. Die gesamte Arbeit ist für 3750 „Arbeitsdienstageverdienste“ veranschlagt. Der Schlafraum ist im alten Schulsaal des alten Schulhauses untergebracht. Tagraum, Küche und Wochraum befinden sich im neuen Schulhaus.

Freudenstadt, 11. Mai. Die häufigen Regenfälle haben schon in der letzten Woche eine Abkühlung gebracht, die heute früh in dem leichtsten Schneefall ihren Höhepunkt erreicht hat.

Freudenstadt, 10. Mai. (Zum landwirtschaftlichen Zusammenbruch. — Festsetzung der Preise.) Der Verwaltungsrat und Preisauschuss des landwirtschaftlichen Zusammenbruchs des mittleren Schwarzwalds hielten am Dienstagmittag unter dem Vorsitz von Bürgermeister Braun-Schopfloch im Hotel „Berzog Friedrich“ wiederum eine Sitzung ab, der als Vertreter des Oberamts auch Regierungsrat Dr. Zeller anwohnte. Der Vorsitzende brachte zunächst die Verfügung des Innenministeriums über die vielfach übliche Abgabe von unbearbeiteter Milch in Flaschen zur Kenntnis, wonach dies unstatthaft und strafbar sei. Hierauf erteilte er dem Geschäftsführer Druffner, daß das Wort zu einer kurzen Zusammenfassung der in der letzten Verwaltungsratsitzung gefassten Beschlüsse, wobei dieser u. a. ausführte, daß die festgesetzten Milchpreise von 22 bzw. 23 Pfennig mit ganz vereinzelten Ausnahmen überall eingehalten worden seien, vom Verwaltungsrat aber auf teilweise Durchföhrung gedungen werde. Es wurde beantragt, bei fernem Zumbörhandeln eine Konventionallstraße von je 5 Mark zu verhängen, die im Wiederholungsfall zu erhöhen wäre, welchen Antrag der Verwaltungsrat zum Beschluß erhob. — Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Festsetzung der Handelspreise. Da der Verkaufspreis der Milch an den Verbraucher vom Verwaltungsrat bereits auf 22 bezm.

23 Pfennig festgesetzt ist, berührte die Frage nur die Erzeuger und die Milchhändler. Von seiten der Erzeuger wurde hervorgehoben, daß, mit Rücksicht auf die in den Verbraucherkreisen vielfach herrschende Notlage der Verkaufspreis der Milch nicht erhöht, sondern auf 22 bzw. 23 Pfennig wie bisher belassen werden sei. Zu diesem Preis stehe aber der Erzeugerpreis, den die Landwirte erhalten, und der oft nur 9—12 Pfg. betrage, in einem großen Mißverhältnis und müsse daher die Preispanne des Milchhandels unbedingt verringert werden, um den Erzeugern einen einigermaßen angemessenen Milchpreis zu sichern. Nach den Ausführungen des Geschäftsführers Druffner schwand die Handelspanne in Württemberg zwischen 2 1/2—4 1/2 Pfennig pro Liter, wozu die Vertreter des Milchhandels erklärten, mit diesem geringen Verdienst bei ihren Aufwendungen und steuerlichen Lasten nicht auskommen zu können. Nach verschiedenen Vorschlägen stimmte der Preisauschuss dem Antrag zu, die Preispanne für angelieferte bearbeitete Milch auf 3 1/2 Pfg. und für un bearbeitete auf 4 1/2 Pfg. festzusetzen, womit sich aber die Milchhändler nicht einverstanden erklärten. Im Anschluß wurden die Rahmpreise nochmals beraten. Nach eingehender Besprechung wurde der Kleinhandelspreis auf 1 80 Mark pro Liter festgesetzt, während der Großhandelspreis (bei Abgabe an Hotels, Cafés und Pensionen) vorerst offen gelassen wurde. Da allem Verkommen gemäß in manchen Landgemeinden die Milch immer noch um 10—12 Pfg. pro Liter abgegeben wird, wozu der einzelne Landwirt nicht zu rütteln wage, wurde der Milchpreis auf 18 Pfg. festgesetzt, wobei aber der Verwaltungsrat sich nicht verheißte, daß bei der zur Zeit noch vielfach herrschenden Verdienstlosigkeit dieser Beschluß nicht überall sofort zur Durchföhrung kommen werde.

Neuenbürg, 10. Mai. (Erzürungen.) Im neuen Gemeinderat beantragte die nationalsoz. Fraktion des Gemeinderats folgende Erzürungen: Wegen ihrer Verdienste um die Einigung des deutschen Volkes werden zu Ehrenbürgern ernannt: Herr Reichspräsident Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Herr Reichstanzler Adolf Hitler, Herr Reichshofratshalter Wilhelm Marx; ferner folgende Umbenennungen vorzunehmen: Die Kriegerdenkmalanlage (früher Seiler-Ankel) in Hindenburganlage, die Marktstraße in Adolf-Hitler-Straße, und die Alte Forstheimerstraße in Wilhelm-Murr-Straße. Dieser Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Neuenbürg, 11. Mai. (Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand.) In der Weinstube Karl Silberstein fand gestern abend eine von der NSDAP. einberufene Versammlung der hiesigen Geschäftswelt statt, welche sich mit der Gründung einer Ortsgruppe des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand zu befassen hatte. Stadtrat Traub begrüßte die zahlreich erschienenen Geschäftsleute, worauf Kaminsegermeister Getling-Wildbad in seiner Eigenschaft als Kreis-Kampfbundsführer die Richtlinien und Ziele des Kampfbundes vortrug und erläuterte. Bei der Bedeutung, welche dem Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand im berufsständischen Staat zukommt, war sich die Versammlung weit hin einig, daß die Gründung unverzüglich in Angriff genommen werden müsse. Die herangezogenen Anmeldeformulare wurden restlos ausgefüllt, so daß künftighin in der Oberamtsstadt eine Ortsgruppe mit starker Stoßkraft existiert. Als Ortsgruppenleiter wurde Schneidermeister Karl Finkbeiner bestimmt. Kassier ist L. Zeller. Auf Antrag wurde von Kreis-Kampfbundsführer Getling mitgeteilt, daß die Gewerbevereine nach endgültiger Organisierung des gewerblichen Mittelstandes in etwa vier bis sechs Wochen ihre Existenzberechtigung verlieren hätten, daß jedoch die in die Handwerkerkrankenkasse bezahlten Beiträge nicht verloren wären, daß vielmehr diese einzige vom Reich bisher anerkannte Organisation auch in Zukunft bestehen bleiben und sogar noch einen weiteren Ausbau erfahren werde.

Herrenberg, 11. Mai. Das Kind Walter Marquardt, das, wie berichtet, Salzsäure getrunken hat, ist nicht gestorben, man hofft vielmehr, es am Leben zu erhalten.

Dunningen, O.A. Rottweil, 11. Mai. (Großfeuer.) Gestern abend gegen 8 Uhr brach in dem umfangreichen Anwesen und Doppelhaus von Wunibald Weber, Landwirt und August Erath, Zimmermann Feuer aus. Im Ru stand das ganze, große Gebäude in hellen Flammen, die mit großer Geschwindigkeit um sich griffen und denen das ganze Anwesen zum Opfer fiel. Nur mit allergrößter Mühe konnten durch das sofortige Eingreifen der hiesigen Feuertochter die stark gefährdeten Nachbargebäude gerettet werden. Vier Familien, die das ausgebeutete Anwesen bewohnten, und von denen eine bedauerlicherweise nicht versichert ist, sind mit einem Schlege obdachlos geworden. Ueber die Entschädigungsfache des Feuers konnte bis jetzt noch nichts Näheres festgestellt werden.

Stuttgart, 11. Mai. (Ehrenvorlich.) Oberbürgermeister a. D. Dr. Lautenschlager hat den ihm angetragenen Ehrenvorlich im örtlichen Hauptfestauschuss für das Deutsche Turnfest angenommen.

Tübingen, 11. Mai. (Ein Riesenzoo.) Der von Kommunisten im letzten Winter angezettelte Aufruhr in Mößlingen, der zur gewalttätigen Stilllegung von großen Betrieben führte, wird jetzt hier seine Sühne finden. Demnächst werden sich über 90 Angeklagte wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs in einem Prozeß von ungewöhnlichem Umfang zu verantworten haben.

Biberach a. N., 11. Mai. (Mord und Selbstmord.) In der Nacht vom 9. auf 10. Mai hat der Chefarzt der Zahnklinik der Ortskrankenkasse Biberach, Otto Sedelmaier, in seiner Wohnung seine Frau im Bett durch einen Kopfschuß und Brustschuß getötet. Alsdann hat er sich selbst durch einen Kopfschuß das Leben genommen. Die Ursache dieser Schredensstat dürfte darin zu suchen sein, daß Sedelmaier tags zuvor infolge einer Anzeile vor dem Sonderkommissar erschienen mußte. Er wurde wegen angeblicher fittlicher Verfehlungen an Patienten aus seiner Stellung als Chefarzt fristlos entlassen. Sedelmaier hatte, da die Zahnklinik ohnehin vor der Auflösung stand, eine eigene Praxis aufgemacht.

Heidelberg, 10. Mai. Der Flieger Robert Heibert hat, anscheinend aus wirtschaftlichen Sorgen, sich in der vergangenen Nacht erschossen. Heibert stand im 48. Lebens-

jahre. Seit 1926 war er in Heidelberg. Gleich bei Anfang des Krieges hat er sich zur Fliegertruppe gemeldet und ist im Laufe der Jahre einer unserer schneidigsten Jagdflieger gewesen. Er hat als Unteroffizier 13 feindliche Flugzeuge abgeschossen und besaß eine große Reihe hoher Ordensauszeichnungen, darunter den Hohenzollernorden und das Eiserne Kreuz 1. Klasse. In der berühmtesten deutschen Jagdstaffel des Weltkrieges, im Jagdgeschwader Richthofen, hat er seinen Mann gestanden. Nach dem Kriege war er als technischer Berater der chinesischen Luftstreitkräfte im Fernen Osten tätig. Er hatte sich in den letzten Jahren insbesondere als Fluglehrer bewährt. Im Badisch-Pfälzischen Luftfahrtverein wird sein Tod eine große Lücke reißen. In der Nationalsozialistischen Partei war er Fliegerführer.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Vollstreckung eines Todesurteils in Bayern. Im Hofe des Landgerichtesgefängnisses Deggendorf wurde das Todesurteil gegen den Dienstknecht Joseph Frauendorfer von Remathen vollstreckt, der im Oktober v. J. vom Schwurgericht Deggendorf wegen Raubmordes an der Schreinerstochter Sabette Frey in Oberbudaß und wegen eines Mordes an deren 3 1/2 Jahre alten Nichte Pauline Frey zweimal zum Tode verurteilt worden war.

Schweres Straßenbahnunglück in Mainz-Rombach. Ein von Gonsenheim bei Mainz kommender Straßenbahnzug entgleiste in Rombach. Er fuhr gegen einen elektrischen Hochspannungsmast und rannte in die gegenüberliegende Wand einer Waggonfabrik. Von den Fahrgästen wurde eine Schülerin getötet und 15 Personen verletzt.

Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter aus dem Jug gefürzt. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Biebermann ist aus dem D-Zug Köln-Hamburg gefürzt. Die Leiche wurde kurz hinter Keßlinghausen gefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Gandhi soll infolge des Hungerstreiks an Gelbsucht erkrankt sein und eine sehr schlechte Nacht verbracht haben.

Handel und Verkehr

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 11. Mai. Weizen märk. 199 bis 201, Roggen märk. 154—156, Braugerste 175—183, Futter- und Industrieernte 168—176, Hafer märk. 182—188, Weizenmehl 23.25—27.50, Roggenmehl 20.80—22.80, Weizenkleie 8.70 bis 9, Roggenkleie 8.90—9, Viktoriaerbsen 20.50—25, kleine Sojabohnen 19—21, Futtererbsen 13—15 RM. Allgemeine Tendenz: fest.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 11. Mai
Bulld: 3 Ochsen, 3 Bullen, 17 Jungbullen, 3 Kühe, 6 Rinder, 263 Kälber, 347 Schweine, 1 Biege, 1 Biegenste. Unverkauft: 5 Jungbullen, 17 Schweine, Ochsen, Bullen, Kühe und Rinder nicht notiert.

Kälber: feinste Maß- und beste Saugl. 43—45 (44—47), mittl. 36—41 (38—43), ger. 28—34 (30—36).
Schweine: von 240—300 Pfd. 36—37 (35—39), von 200 bis 240 Pfd. 35—36 (37—39), von 160—200 Pfd. 34—35 (36—37).
Verlauf: Großvieh wegen zu unbedeutendem Umsatz nicht notiert. Kälber rubia. Schweine langsam.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 11. Mai. Auftrieb: 4 Kälber, 44 Schafe, 166 Schweine, 920 Ferkel und Käuer. Freie 100 Stück: Käuer 20—25, Ferkel bis 4 Wochen 14—16 über 4 Wochen 17—19 RM. Marktverlauf: Ferkel und Käuer lebhaft.

Offenburg, 11. Mai. (Zuchtvielerzeugung.) Am Dienstag fand in Offenburg eine Zuchtvielerzeugung der mittelbadischen Zuchtvielerzeugungsgenossenschaft statt. Die etwa 80 vorgelieferten Ferkel waren müßerträchtig und qualitativ sehr hochliegend. Leider brachte die Verfertigung keinen entsprechenden Abzug. Die Verfertigung war sehr fest besucht.

Lezte Nachrichten

Dr. Ley beichtigt die Bundeschule des ADG. bei Bernau Berlin, 11. Mai. Der Führer der Arbeitsfront Staatsratspräsident Dr. Ley beichtigte heute mit seinem Stabe die Bundeschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bei Bernau, in der bisher Funktionäre für die freien Gewerkschaften herangebildet wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde beschlossen, der Schule ihren bisherigen Namen zu belassen, die Gebäude aber zunächst für die Reichsführerschule der NSD. zu verwenden. Zum Leiter der Reichsführerschule wurde Dr. Schreiter-Hamburg ernannt.

Berhandlungen Dr. Schahts mit amerikanischen Finanziers Freitag Abfahrt nach Newyork

Washington, 11. Mai. Reichsbankpräsident Dr. Schaht konfertierte heute mit dem Gouverneur der Newyorker Bundesreservebank und mit verschiedenen anderen Finanziers, die ihn aufsuchten.

Am Freitagvormittag wird Dr. Schaht sich vom Präsidenten Roosevelt verabschieden. Dr. Schaht empfängt anschließend Vertreter der amerikanischen Presse und gedenkt, am Freitagmittag nach Newyork zu fahren. Dort wird er vor seiner Heimreise über die National Broadcasting Co. einen Rundfunkvortrag über das neue Deutschland halten.

Geförben

Ragold: Elise Ley, Stadtpfleger i. R. Witwe. — Luise Friedrike Unrath geb. Danneder, 69 Jahre alt.
Rehlingen: Karl Kübler, ehemal. Sägewerksbesitzer, 77 Jahre alt.
Kuppingen: Friedrich Schmid, Bahnarbeiter.
Höfen a. Eng: Heinrich Sader, Sattlermeister, 69 J. a.

Allensteig-Stadt

Freiwillige Feuerwehr
Am Montag, den 15. Mai 1933 rüdt die 1., 2. und 3. Kompagnie zur Übung aus. Antreten präzis 7 Uhr abends.
Das Kommando.

Altensteig-Stadt

Die Beifuhr, das Sägen, Spalten und Aufkrämen von Brennho's

für die städt. Gebäude wird am Montag, den 15. Mai ds. Js., nachmittags 5 Uhr im Rathaus im öffentlichen Ausschreibungsverfahren vergeben.
Den 12. Mai 1933. Stadtpflege.

Städt. Forstverwaltung Altensteig.

Gerbrinde-Verkauf

Bei den in den Stadtwaldungen Gsellich, Langerberg, Halde und Hagwald in den nächsten Tagen beginnenden Holzbinden fallen schätzenswerte

50-60 Kw. Fichtengerbände

an. Schriftliche bedingungslose Angebote in Reichsmark je Km. werden bis spätestens Mittwoch, den 17. Mai 1933, vormittags 11 Uhr an die städt. Forstverwaltung erbeten. Die Eröffnung der Gebote erfolgt am 17. Mai, vormittags 1/2 12 Uhr auf dem Rathaus.

Der neue

Ämtliche Taschensfahrplan

für Württemberg und Hohenzollern
Preis 40 Pfg.

ist erschienen und zu haben in der

Buchhandlung Lauf, Altensteig und Nagold.

Für den Hausgebrauch empfehle:

- | | |
|------------------------------|------------------------------|
| Perfil 1/2 Pfd.-Paket 33 | Gefäß-Bodenwische |
| Perfil 1 Pfd.-Paket 65 | 1 und 2 Pfd.-Dosen |
| Heftbleichsoda 13 | weiß u. gelb à 75 u. 1.40 |
| Sil 17 | Grants Bodenwische |
| Ala in Pak. u. Fl. 18/18 | weiß und gelb |
| Imil 6 | in 1/2, 1 und 2 Pfd.-Dosen |
| Thompson Seifenpulver 24 | —50, —90, 1.00 |
| Purmas 1 Rolle 20-49 | Grants Bodenwische |
| Bim 1 Rolle 20-35 | in 1 Pfd.-Dose |
| Luz in Pakete 18, 27, 45 | rot, gelb, braun A 1.- |
| Suma in Pakete 36 | Loba Bodenwische |
| Perfor in Pakete 36 | in Dosen weiß u. gelb à 90 |
| Waschperle 30 | Loba Bodenwische in Dosen |
| Barre Schmierseife | rot, gelb, braun 90 |
| halbfest, in 1 Pfd.-Pak. 40 | Weirolin Flüssig |
| Schmierseife offen | in 1 Liter Flaschen A 1.80 |
| gelber weiß, 1 Pfd. 30 u. 35 | Eidol und Geolite |
| in Eimer à 10-30 Pfd. 5 | à 18, 28, 45 |
| billiger | Echenerlöcher Wa. in 90 |
| Osealad und Oseol | à 30 und 40 |
| in Flaschen | Bodenöl gelb und rot |
| Jumbo Herdputz in Dos. 25 | 1 Liter à 45 und 50 |
| Emaline Herdputz | Reishärte offen u. in Pakete |
| in Dosen und in Flaschen | à 1/2 und 5 Pfd. |
| Globus und Mizzi Messer- | Cremer und Wunderglanz- |
| pulver in Dosen | stärke in 1/2 Pakete 45 |
| à 30-50 u. 60 | Glanzstärke in Paketen |
| Puffsand u. Soda Kristall, | à 15 und 35 |
| Weschblau in Dos. u. in Pak. | Bügelkohlen |
| Globus Silberpulver | in 2 Pfd.-Paketen 40 |
| in Pakete à 20 | Kaffeeborax Karton 20 |
| Cremerfarbe Hofstet | Fleckenw. f. Sopal 50 |
| in Flaschen à 22-30 | Panamarinde |
| Stahlspäne in Pakete | offen und in Beutel |
| à 1/2 u. 1 Pfd. 37 u. 68 | Glas- u. Schmirgelpapier |
| Doppelseife 150 Gr. 10 | Feinseife u. Schwämme |
| 500 Gramm-Riege 25 | in sämtlichen Größen und |
| Eukalyptuseife 27 | Preislisten |

Für Wiederverkäufer sämtliche Puz- und Markenartikel zu Fabrikpreisen bei

Chr. Burghard jr., Altensteig

Ad, wie so trügerisch

Es doch die Schönheit eines frisch gewachsenen Parkett- oder Linoleum-Bodens. Kommt jemand mit nassen Schuhen oder nassen Schien ins Zimmer, schon gibt es Wasserflecken und man könnte wieder von Neuem einwaschen. — Das kann Ihnen nicht passieren, wenn Sie das noch nichtprobierbare, wasserempfindliche KINESSA-Bohnerwachs verwenden. Da haben Sie bei jedem Wetter schöne Böden und können 4-6 Zimmer behandeln mit einer einzigen Handdose



N.S.D.A.P. Heute Abend 1/9 Uhr

Ämtswalterführung im „Deutschen Kaiser“. In Erscheinung haben sämtl. Amtswalter einschl. der N.S. Bauernschaft und deren Ortsgruppenleitung.



N.S.-Betriebszellen-Versammlung

morgen Samstag abend 1/9 Uhr im G. Shaus zum „Schwanen“, wozu an alle deutsch n Arbeiter Einladung ergeht.

N.S.D.A.P.

Ortsgruppe Altensteig.

Sportverein Altensteig. Mitglied d. S.F. und L.V. Sonntag, 14. Mai 1933

Verins-Ausflug

über Zumweiler-Baleenmühle Zworenberg-Höllert-Keilmühle. Abmarsch vom Lokal Punkt 6 Uhr vormittags.

Wir bitten unsere Mitglieder und sonstige Wanderfreunde um zahlreichste Teilnahme.

Auch um wenig Geld

erhalten Sie ein schönes Geschenk welches die Mutter erfreut.

Chr. Krauss.

Morgen vor 11 Uhr von 9 Uhr an im Schlachthaus (Verbandslokal)

Ruhfleisch

das Pfund zu 40 Pfennig
Armbrüster zur „Schwone“

Schöne
Spelsetartoffeln
(Industrie)

verkauft oder verlobt gegen kleine Käufergebühr
Andreas Koller
Ettmannswiler.



Sams a., 8.30 Uhr
monatliche Pflichtabend
„Trube“

Altensteig

- Sommer-Mäntel
 - Geschäfts-Mäntel
 - Sommer-Toppen
 - Knaben-Anzüge
 - Arbeits-Anzüge
 - Arbeits-Hosen
 - Anzugstoffe
 - Hosenträger
- empfehlen billigst

Fritz Wizemann.

Junger Mann

16-18 Jahre alt, als zweiter Hausknecht gesucht.

Hotel Post, Nagold.

Walddorf.

Ein
Leiterwagen

Zweispänner, samt Benne hat zu verkaufen
Chr. Walz beim „Kopp“.



ATA

Weil's
billig ist
und besser
putzt,
wird ATA
überall
benutzt!

ATA putzt und reinigt alles

Am Sonntag, 14. Mai

musikalische Unterhaltung

Hiezu ladet höflichst ein

Chr. Kalmbach zum „gold. Stern“
Altensteig.

Abhausen.
Am kommenden Sonntag, den 14. Mai ab mittags 2 Uhr



große Tanzunterhaltung

im „Traubensaal“ ausgeführt von dem durch Rundfunk berühmten Harmonika-Orchester Hohnloser Pforzheim.

Es ladet höflich ein

Kempl zur „Traube“.

Walddorf.

Kommenden Sonntag findet

große Tanzunterhaltung

statt im „Adlerhaus“, wozu höflichst einladet

Karl Walz.

Bücher

zum Muttertag

in schöner Auswahl in der

Buchhandlung Lauf
Altensteig und Nagold.

Glückwunschkarten in großer Auswahl!

Altensteig, den 11. Mai 1933.

Danksagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Großhans We.
geb. Hammer

zuteil geworden sind, herzlichen Dank. Besonderen Dank dem Herrn Geistlichen, dem Frauenchor, der Krankenschwester für ihre treue Pflege und allen denen, die sie zur letzten Ruhestätte begleiteten, sowie für die zahlreichen Blumenspenden.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ca. 120 000
handgemachte Läuferchindeln
sowie **2 Läufer Schweine**
verkauft
Michael Koller, Ettmannswiler.